

Gebührenordnung Gemeinde Obersaxen (GebO)

zum Baubewilligungsverfahren und für die Benützung öffentlichen Grundes und Luftraumes

Gestützt auf 122 des Baugesetzes der Gemeinde Obersaxen 24. September 1993 erlässt die Gemeinde die nachfolgende Gebührenordnung.

Gebührenpflicht

Art. 1

1. Gebührenpflichtig sind alle Verrichtungen der Baubehörde und der Baupolizei, für die nachfolgend Gebühren vorgesehen sind.

Fälligkeit

Art. 2

1. Bei der Erteilung der Baubewilligung ist eine Vorauszahlung aller Gebühren und Auslagen, berechnet aufgrund der voraussichtlichen Bausumme, zu entrichten. Die Schlussabrechnung erfolgt bei Vorliegen der amtlichen Schätzung.

Pflichten

Art. 3

1. Die Gebühr schuldet, wer das gebührenpflichtige Geschäft auslöst.
2. Lösen mehrere Personen das gebührenpflichtige Geschäft aus, so haften diese für die Gebühren und entstehenden Kosten solidarisch

Bemessung

Art. 4

1. Wo die Gebührenordnung einen Ermessungsspielraum für die Gebühr vorsieht, sind für deren Festsetzung das Ausmass des Arbeitsaufwandes und die tatsächliche Zeitdauer der Inanspruchnahme angemessen zu berücksichtigen.
2. Erweisen sich die in dieser Gebührenordnung festgesetzten Gebühren im Verhältnis zur aufgewendeten Arbeit als wesentlich zu niedrig, so kann der Gemeindevorstand sie mit der entsprechenden Begründung angemessen erhöhen.
3. Besondere Auslagen, welche der Gemeinde durch den notwendigen Beizug von Fachleuten erwachsen, können der gebührenpflichtigen Partei überwältzt werden.

Einsprache und Rekurs

Art. 5

1. Die Gebühren werden durch die Gemeindekanzlei berechnet, die gebührenpflichtige Partei kann binnen 20 Tagen seit der Rechnungsstellung beim Gemeindevorstand schriftlich Einsprache erheben
2. Der Gemeindevorstand entscheidet unter Vorbehalt des Rekurses an das kantonale Verwaltungsgericht endgültig.

Baupolizeigebühren

Art. 6

1. Die Baupolizeigebühren betragen, berechnet aufgrund des Neubauwertes der amtlichen Schätzung:
 - a) Neu- und Umbauten eine Grundgebühr von CHF 100.00 sowie:

für die ersten CHF 200'000 der Bausumme	2.5 ‰
für die weiteren CHF 800'000 der Bausumme	1 ‰
für die restliche Bausumme	0.5 ‰

entspricht das Gesuch einem Vorentscheid, verringert sich die Gebühr um 10% bis 20%.
 - b) Vorentscheide: 30% von a), berechnet aufgrund der voraussichtlichen Bausumme.
 - c) Kleine An- und Umbauten: (bis CHF 99'000.00) CHF 50.00 bis CHF 300.00.
 - d) Zurückgezogene Baugesuche: 5% bis 10% von a), berechnet aufgrund der voraussichtlichen Bausumme.
 - e) Abgewiesene Baugesuche: 30% von a), berechnet aufgrund der voraussichtlichen Bausumme.
 - f) Fristgerechte Verlängerungen von Baubewilligungen: pauschal CHF 100.00.
 - g) Bauvorhaben die dem Meldeverfahren unterstehen: pauschal CHF 50.00.
 - h) Bauabänderungsgesuche, Bauberatungen, Behandlung von Einsprachen und Wiedererwägung zu ablehnenden Baubescheiden werden nach Aufwand verrechnet.
2. Die mutmasslichen Baukosten sind mit dem Baugesuch anzugeben und bilden die Grundlage für die Berechnung der Gebühren. Übersteigt die amtliche Schätzung des Bauwertes die mutmasslichen Baukosten um mehr als 5%, so ist die Gemeinde zu einer entsprechenden Nachforderung berechtigt.

Andere Baupolizeigebühren

Art. 7

1. Die Aufwendungen der Gemeindebehörde in anderen baupolizeilichen Angelegenheiten, insbesondere bei Nichteinhaltung von Plänen, Bauen ohne Bewilligung, Buss- und Einstellungsverfügungen, Augenscheine und Kontrollen, werden nach Zeitaufwand verrechnet.

Benützung von öffentlichem Grund

Art. 8

1. Die Benützung von öffentlichem Grund für das Abladen und Ablagern von Baumaterialien und dergleichen ist bewilligungspflichtig. Es wird dafür eine Gebühr erhoben. Diese beträgt:
 - Bewilligungsgebühr: CHF 50.00
 - sowie je m² und Monat: CHF 2.00
 - nach dem 6. Monat je m² und Monat: CHF 4.00
2. Die Kosten für die Wiederherstellung des öffentlichen Grundes gehen voll zu Lasten des Gesuchstellers.

Inkrafttreten

Art. 9

1. Die vorliegende Gebührenordnung tritt mit der Annahme durch die Gemeindeversammlung rückwirkend per 1. Januar 2006 in Kraft.
2. Mit dem Inkrafttreten dieser Gebührenordnung gelten sämtliche widersprechenden früheren Vorschriften der Gemeinde als aufgehoben.

Also beschlossen durch die Gemeindeversammlung vom 19. Mai 2006.

Der Präsident:

Die Aktuarin:

Ernst Sax

Doris Tschuor